

WA10 Nach zwölf Weservertiefungen ist Schluss - Menschen, Sicherheit, Umwelt- und Naturschutz endlich Vorrang geben

Gremium: KV Wesermarsch
Beschlussdatum: 10.03.2026
Tagesordnungspunkt: 5. Weitere Anträge

Antragstext

1 Die Weser ist ein Fluss, der aus dem Gleichgewicht geraten ist:
2 Schlick erstickt Nebenarme, Erosion frisst Ufer weg, Abbruchkanten entstehen
3 dort, wo Menschen früher sicher badeten oder spazierten. Kleine Häfen sind im
4 Schlick verschwunden. Mit jedem steigenden Tidenhub drängt Salzwasser weiter ins
5 Land, Gräben versalzen, Tiere können aus ihnen nicht mehr getränkt werden, die
6 Landwirtschaft verliert ihre Grundlage und die Weiden ihre Kühe. Was früher
7 klares Süßwasser war, wird brackig – Fische, Kleinstlebewesen und ganze
8 Lebensräume verschwinden leise. Trotz vollmundiger Versprechungen sind
9 Kompensationsmaßnahmen wie der „Generalplan Wesermarsch“ ausgeblieben, die diese
10 schlimmen Folgen für Menschen, Natur und Landwirtschaft vermindern sollten.
11 Der Tourismus leidet, weil Naturerlebnis und Sicherheit verloren gehen und weil
12 Flussufer, Badestellen, Sportboothäfen und wassernahe Freizeitangebote zunehmend
13 beeinträchtigt werden. Zugleich wächst durch stärkere Strömungen, höhere
14 Wasserstände und häufigere Extremereignisse der Druck auf Deiche und
15 Küstenschutzanlagen – eine Entwicklung, die sich im Zuge des Klimawandels weiter
16 verschärfen wird. Hinzu kommt, dass die Deiche rund um die Wesermarsch und somit
17 auch beim AKW Esenshamm, wo drei Zwischenlager mit radioaktivem Inventar stehen,
18 dringend erhöht werden müssen, um dem Druck eines Jahrhunderthochwassers bei
19 zunehmenden Klimawandelfolgen standzuhalten.
20 Viele Menschen entlang der Weser spüren: Der Druck auf Deiche, Landschaft und
21 ihr Zuhause wächst – und mit ihm die Sorge um ihre Zukunft.
22
23 Die LDK möge beschließen: Die GRÜNEN Niedersachsen lehnen weitere Unter – und
24 Außenweservertiefungen entschieden ab. Nach inzwischen zwölf durchgeführten
25 Weservertiefungen ist eine ökologische, sicherheitspolitische und
26 wasserwirtschaftliche Belastungsgrenze überschritten. Statt weiterer
27 Ausbaggerungen setzen wir uns für eine umwelt- und klimaverträgliche
28 Weiterentwicklung der Häfen an der Weser ein.
29 Wir GRÜNE fordern den Bund auf, bestehende Zusagen zur Kompensation früherer
30 Weservertiefungen vollständig umzusetzen, das Land Niedersachsen, kein
31 Einvernehmen zu einer weiteren Vertiefung der Außen- und Unterweser zu erteilen
32 und die Finanzierung der Ausbaggerung des Fedderwarder Priels dauerhaft
33 sicherzustellen, damit der Hafen Fedderwardersiel sowie die örtliche Fischerei-
34 und Freizeitnutzung verlässlich erreichbar bleiben. Weiterhin fordern wir die
35 Deiche an allen kritischen Stellen prioritär zu sichern, vor allen Dingen dort,
36 wo schon jetzt ein Unterbestick besteht.

Begründung

Begründung:

Die Außen- und Unterweser wurden insgesamt zwölfmal vertieft, begradigt und ausgebaut. Die Folgen sind entlang des gesamten Flusses spürbar – ähnlich wie an Elbe und Ems. Dennoch hat die Reederei Maersk angekündigt, Investitionen in den Standort Bremerhaven von einer erneuten Vertiefung abhängig zu machen. Das droht zu einem fatalen Kreislauf zu werden: immer größere Schiffe, immer neue Vertiefungen, immer höhere ökologische und finanzielle Folgekosten

Bereits 2015 gab der Europäische Gerichtshof einer Klage des BUND gegen die Flussvertiefung in weiten Teilen statt und stärkte mit seinem Grundsatzurteil das Verschlechterungsverbot sowie die Pflicht zur Verbesserung des ökologischen Zustands europäischer Oberflächengewässer. Eine erneute Vertiefung von Unter- und Außenweser wäre mit weiteren massiven ökologischen Folgeschäden verbunden – wie sie an Weser, Elbe und Ems bereits gravierend festzustellen sind: ein weiter steigender Tidenhub, höhere Strömungsgeschwindigkeiten und ein weiteres Vorrücken der Brackwasserzone flussaufwärts. Der Fedderwarder Priel würde vollständig verschlickten – mit der Folge, dass der Hafen Fedderwardsiel ohne regelmäßige Ausbaggerung kaum noch erreichbar wäre und wirtschaftliche sowie touristische Nutzungen weiter eingeschränkt würden